

Landesrat am 08.09.2019 in Soest

PRÄSIDIUM 1: Robert, Melanie, Gisela, Effi

TOP 1

10:00 Uhr

Begrüßung

- a) Grußwort des Kreisverbands Soest (Manfred Weretecki)
- b) Grußwort des Landesvorstands (Inge Höger)

TOP 2

10:10

Regularien

- a) Beschluss der Tagesordnung (Für-Rede & LaVo-Antrag Christian Laye, Gegenrede keine), bei großer Mehrheit angenommen
 - ***Antrag** Egbert Steinhoff (KV Paderborn): Antrag zur Streichung der KPLL (Gegenrede Günther Blocks) Abstimmung: Bei großer Mehrheit abgelehnt
 - ***Antrag** von Robert Brandt (KV Borken) zur Streichung der Männer/Frauen Plena (Gegenrede Nina Eumann), Abstimmung: Bei großer Mehrheit abgelehnt
- b) Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
Die vorgeschlagene Kommission wird als Liste einstimmig abgestimmt & einstimmig gewählt.

TOP 3

10:30

Beschlussfassung über die Niederschrift der Sitzung des Landesrates DIE LINKE. NRW vom 26.01.2019

Wortmeldungen:

Gunhild Böth + Antrag darauf, dass Protokoll nicht zu beschließen und inhaltlich zu überarbeiten und zu ergänzen. Zukünftig sollen die Anträge und wie damit verfahren wurde im Protokoll festgehalten werden (Antrag mit einfacher Mehrheit angenommen.)

TOP 4

10:35

Nachwahl Landesratspräsidium (1 Platz Quotiert)

Vorschlag: Katharina Grudin, KV Aachen | Abstimmung: 81 ja / 3 nein / 13 Enthaltungen / 1 ungültig

In der Zählpause: Diyar Agu (KV Aachen), Veranstaltungshinweis AfD-Gegendemo Gummersbach

TOP 5

10:50

Auswertung Europawahl (+30 Min. LTW Sachsen & Brandenburg)

Einbringung/Erstredner: Jules El-Khatib (LaVo)

Input (Zahlen, Daten) von: Steffen Twardowski

Quintessenz: Klare Botschaften, deutliche Konzepte, Strategiefrage

*Antrag des Präsidiums auf Schluss der Redeliste: Mehrheitlich angenommen

Wortmeldungen:

Jules El-Khatib, Almut Wessel, Jürgen Aust, Michael Otter, Silke Schneider, Gunhild Böth (Quotierungs-Korrektur, da vorher 2 Männer), Christian Leye

Kathrin Vogler, Hans Decruppe, Edith Barthelmus-Scholich, Thies Gleis, Inge Höger, Shen Ibrahimsadeh, Susanne Herhaus, Alexander Neu, Angelika Link-Wilden, Günther Blocks, Ingrid Jost, Thorsten Poremba

TOP 6

12:00

Kommunalpolitische Leitlinien

Einbringung: Christian Leye & Hans Decruppe

Quintessenz: Für ein gutes Leben in Gemeinschaft, verständliche, klare Wortwahl, zentrale Themen, konkrete Vorstellung

Wortbeiträge:

Gunhild Böth, Egbert Steinhoff, Britta Pietsch, Armin Kligge, Andrea Mobini, Jürgen Aust, Barbara Laakmann, Andreas Nositschka, Cornelia Swillus-Knöchel, Diyar Agu, Beate Hane-Knoll, Bernd Liesenfeld, Carolin Butterwegge, Günther Blocks, Irina Neszeri, Robert Brandt, Ulla Weiß, Matthias Uphoff, Birgit Onori, Günther Solecki, Ingrid Jost, Manuel Huff, Nina Eumann, Wolfgang Lindweiler, Marc Mulia, Jules El-Khatib, Martin Fritsch

*Antrag des Präsidiums: Schluss der Redeliste. Bei übergroßer Mehrheit angenommen.

13:30 Uhr Mittagspause

TOP 7 (entfällt)

TOP 8 Frauen- & Männerplenum

14:30

PRÄSIDIUM 2: Kathi, Sonja, Gisela, Fabian

TOP 9 Berichte aus den Plenen

15:15

Frauen: Sonja Neuhaus, Nina Eumann; Themen: Frauennetzwerk, Debattenkultur, Kommunalwahlen, Schulungsangebote

Männer: Sascha Wagner, geringe Beteiligung; Themen: Quotenregelung, feministische Politik vor Ort, Fachkonferenz

TOP 10 Sozial-Ökologischer Umbau mit links

15:30

Input Hubertus Zdebel zu Positionen innerhalb der Bundestagsfraktion/Partei zum öko-sozialistischen Umbau;

Inhalt: im Bundestag zu wenig präsent mit Umweltthema, Partei insgesamt nicht sprachfähig, werden nicht ernstgenommen, kaum jemand traut uns Kompetenz zu, Klimawandel nur durch Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise zu stoppen, Klassenfrage im Umweltthema betonen, eigenes linkes Profil entwickeln, Antikapitalismus und Klimaschutz gehören zusammen, Arbeitende nicht gegen Klimaaktivist*innen ausspielen, Arbeitsplatzbestandsgarantie, BT-Fraktion erarbeitet auch ein CO2-Steuer-Konzept, Umwelt- und Wirtschaftspolitiker*innen haben sich das erste Mal

zusammengesetzt, Dreiklang: 1. Sofortmaßnahmen 2. Profiteure zu Kasse 3. langfristig Abschaffung des Kapitalismus

Input Hanno von Raußendorf zur NRW-Situation: allgemeine Ausführungen zu Folgen des Klimawandels und der Bekämpfung des Klimawandels (nicht NRW-spezifisch)

Redebeiträge: Britta Pietsch, Udo Hase, Edith Barthelmuß-Scholich, Tobias Jakob, *Schluss der Redeliste um 16:07 Uhr *, Petra Willemsen, Lukas Hirtz, Gunhild Böth, Falk vom Darff, Inge Höger, Ralf Henrichs, Ulla Weiß, Michael Otter, Irina Neszeri, Christian Leye, Melanie Schmidt-Krobok, Egbert Steinhoff, Petra Riedel, Manuel Huff, Gabriele Dröst, Hans Decruppe, Katharina Grudin, Roland Sperling, Gisela Dapprich, Andreas Nositschla

TOP 11 *Antrag auf Prüfung der Beschlussfähigkeit*
Quorum 78, Anwesende 82 → beschlussfähig

17:10

Anträge

1. **Abschaffung der Zivilklausel** (Korrektur: Juni → Juli)

Einbringung Kathrin Vogler; Fürrede: Eva-Maria Zimmermann;
Breite Zustimmung, Wenige Enthaltungen

Link: https://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/ivnrw/Landesrat/Landesrat_08.09.2019/Antrag_Abschaffung_Zivilklausel.pdf

Antragstext:

Antrag an den Landesrat DIE LINKE.NRW

Antragsteller*innen: Kathrin Vogler, Alexander S. Neu, Ulla Jelpke, Matthias W. Birkwald, Sevim Dagdelen, Sylvia Gabelmann, Diyar Agu, Niema Movassat, Marion Josten, Hans Decruppe, Helga Ebel, Murat Yilmaz, Jules El-Khatib, Frederik Groborsch, Andrej Hunko, Hubertus Zdebel, Isabelle Casel, Gabi Bieberstein

Abschaffung der Zivilklausel Jetzt erst recht: Nein zur Vereinnahmung durch Militärpolitik und Rüstungsindustrie! Der nordrhein-westfälische Landtag hat am 11. Juni ein neues Hochschulgesetz für Nordrhein-Westfalen beschlossen. Die seit 2014 in diesem Gesetz unter Paragraf 3 enthaltene Zivilklausel wurde gestrichen; sie lautete: "Die Hochschulen entwickeln ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt. Sie sind friedlichen Zielen verpflichtet und kommen ihrer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nach innen und außen nach. "Die Hochschulen in NRW wurden mit der Zivilklausel auf eine ausschließlich zivile, friedliche Forschung und Lehre verpflichtet. Projekte, die eine militärische Zielsetzung oder einen militärischen Nutzen haben, sollten an den Unis in NRW keine Unterstützung finden. Die Abschaffung der Zivilklausel unter dem vorgeschobenen Argument der Forschungsfreiheit wurde trotz landesweiter Proteste von Studierendengruppen, Wissenschaftler*innen, Friedensinitiativen und DIE LINKE durchgesetzt und öffnet Militärs und Rüstungsindustrie auch in NRW nun wieder die Türen für den Missbrauch wissenschaftlicher Expertise für Kriegsplanung und Aufrüstung. Die Bundeswehr wirbt auch in Schulen und Hochschulen immer offensiver um neues Personal und lockt mit Ausbildungen und Qualifizierungen für das Kriegshandwerk. Angesichts der unzureichenden öffentlichen Finanzierung sehen viele Hochschulen in Forschungsaufträgen der Bundeswehr oder von Rüstungsunternehmen eine willkommene Erweiterung ihrer finanziellen Spielräume. Die Entscheidung des NRW-Landtages, die Zivilklausel zu streichen

und die Universitäten und Hochschulen in NRW wieder für die Interessen der Militärpolitik und Rüstungsindustrie zu öffnen, folgt dem außenpolitischen Kriegskurs der Bundesregierung. Schon jetzt wird an deutschen Universitäten über Kampfdrohnen, ‚intelligente‘ Munition, neue Generationen von Handfeuerwaffen, Funktechnologien, Sprengstoffen und Kampfrobotern geforscht-für Aufrüstungsprojekte der Bundeswehr und der US Army. Eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschulen ist unabdingbar, um die Freiheit der zivilen Forschung und Lehre zu schützen. Wissenschaftler*innen dürfen sich nicht mitschuldig machen am Tod tausender Menschen, die jedes Jahr auf den Schlachtfeldern dieser Welt mit den Endergebnissen wissenschaftlicher Expertise ermordet werden. Der breite gesellschaftliche Widerstand gegen die Streichung der Zivilklausel in NRW hat in den letzten Monaten die öffentliche Unterstützung für die Forderung verstärkt, dass unsere Hochschulen zu einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen Welt beitragen sollen. Der Widerstand war also nicht umsonst und daran muss angeknüpft werden: Jetzt muss die Auseinandersetzung um die Zivilklausel in jeder einzelnen Hochschule durchgesetzt werden. DIE LINKE.NRW unterstützt die Studierendenschaften in ihren Kämpfen für Zivilklauseln an den einzelnen Hochschulen. DIE LINKE.NRW fordert: Jetzt erst recht: Nein zur Vereinnahmung durch Militärpolitik und Rüstungsindustrie!-Wiederherstellung der Zivilklausel im Landeshochschulgesetz!-Ausreichende Finanzierung der Hochschulen!-Bundeswehr raus aus Schulen und Hochschulen.

2. Beteiligung System Change not Climate-Change

Einbringung Melanie Schmidt-Krobok; Fürrede: Hanno von Raußendorf
Breite Zustimmung, wenige Enthaltungen

Link: https://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/ivnrw/Landesrat/Landesrat_08.09.2019/Antrag_Global_Earth_Strike.pdf

Antragstext:

Antragssteller*innen: Theresa Brücker (Vorstand DIE LINKE. Essen), Nina Eumann (Stellv. Landessprecherin DIE LINKE. NRW), Jules El-Khatib (Stellv. Landessprecher DIE LINKE. NRW), Daniel Kerekes (Kreisprecher DIE LINKE. Essen), Gabi Lenkenhoff (DIE LINKE. Dortmund), Marion Wegscheider (Kreisprecherin DIE LINKE. Essen), Dominik Goertz (Vorstand DIE LINKE. Bielefeld), Andrea Mobini (Kreisprecherin DIE LINKE. Mülheim), Dorit Thunack (Vorstand DIE LINKE. Mülheim), Marc Scheffler (Kreischatzmeister DIE LINKE. Mülheim), Sascha H. Wagner (Kreisprecher DIE LINKE. Wesel), Christian Patz (Vorstand DIE LINKE. Duisburg), Wolfgang Zimmermann (DIE LINKE. Düsseldorf), Sylvia Gabelmann (MdB, KV Siegen-Wittgenstein), Oliver Krieg (Die Linke.SDS Münster), Niema Movassat (MdB, KV Oberhausen), Julien Gribaa (Stellv. Kreisprecher DIE LINKE. Duisburg), Adrian Scheffels (Die Linke. Solingen), Hannes Nordbeck (DIE LINKE. Duisburg), Sergen Canoglu (DIE LINKE. Köln), Hubertus Zebel (MdB, KV Münster), Hanno Raußendorf (Sprecher Umwelt und Klima, Landesvorstand DIE LINKE. NRW), Reinhold Leuschner (DIE LINKE. Mülheim), Melanie Schmidt-Krobok (DIE LINKE. Duisburg), Udo Hase (DIE LINKE. Duisburg), Ulrich Schmies (DIE LINKE. Duisburg), Yannik Liebermann (DIE LINKE. Mülheim), Kreisvorstand DIE LINKE. Hamm, Kreisvorstand DIE LINKE. Münster, Rohat Çelen (Vorstand DIE LINKE. Köln), Pascal Corneli (DIE LINKE. Mülheim), Efstathios Tassikas (Die LINKE. Essen), Lea Guse (Umwelt AG, DIE LINKE. Essen), Jan-Hendrik Hof (Vorstand Die LINKE. Essen), Anna Conrads (DIE LINKE. Duisburg), Marvin Jansen (Umwelt AG, DIE LINKE. Essen), Sefika Minte (Landesvorstand, DIE LINKE. NRW), Stefan Hochstadt (Vorstand, DIE LINKE. Essen), Helmut Born (DIE LINKE. Düsseldorf), Jasmin Waldes (Sprecherin DIE LINKE. OV Dinslaken) Britta Bause-Zanella (Vorstand DIE LINKE. Wesel), Jan Siebert (DIE LINKE. Dortmund)

System Change, not Climate Change! Unterstützung des Global Earth Strike im September

Antrag: DIE LINKE. NRW beteiligt sich am Global Earth Strike (Globaler Streik) am 20. September sowie an der darauffolgenden „Global Earth Strike“ Woche vom 20. bis 27. September und unterstützt interessierte Kreisverbände in der Öffentlichkeitsarbeit und der Planung von Veranstaltungen vor Ort. Dafür nutzt DIE LINKE. NRW sowohl ihren Instagram-, Twitter-, als auch Facebook-Account sowie die herkömmlichen Pressewege. Den Kreisverbänden wird für die Mobilisierung ein „Starter Paket“ zur Verfügung gestellt. Dieses beinhaltet Druckvorlagen für Transparente, Flyer und Schilder, Musterpressemitteilungen, Vorlagen für Social Media Postings (Bilder und Grafiken) und Aktionsideen. Die Kreisverbände werden von der Landesgeschäftsstelle mit Unterstützung freiwilliger Genoss*innen angerufen und über die kommende Aktionswoche informiert. Die Kreisverbände können für mögliche ökologische Veranstaltungen auf eine Referent*innenliste zurückgreifen. Begründung: Die “Fridays for future”-Bewegung gehört zu den größten Massenbewegungen in der jüngeren Geschichte. Gegen den Widerstand der Springer-Presse und Lobby-Parteien wie der FDP politisiert sich gerade eine ganze Generation im Kampf gegen die drohenden Klimakatastrophe. Schon beim internationalen Klimastreik im März 2019 beteiligten sich rund 1,8 Millionen Menschen. Der nun geplante “Global Earth Strike” am 20. September könnte die bisherigen Teilnehmer*innenzahlen übertreffen und der Klimabewegung in Deutschland und weltweit neuen Schwung verleihen. Der aktuelle Aufruf des Ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, sich am Global Earth Strike zu beteiligen, ist ein deutlicher Schritt in die richtige Richtung. Als echte Bewegungspartei unterstützt DIE LINKE die Klimabewegung nicht nur in Sonntagsreden, sondern ist schon jetzt an vielen Orten aktiv beim Aufbau von Fridays for Future. Von den herrschenden Medien wird die Bewegung häufig als sowas wie der verlängerte, außerparlamentarische Arm der Grünen beschrieben. Doch dieser Eindruck täuscht: Viele Aktivist*innen sind wesentlich systemkritischer und offener gegenüber linken Konzepten eines sozial-ökologischen Wandels als einige ihrer Wortführer*innen. In einigen Orten sind bereits FFF-Aktivist*innen der LINKEN beigetreten und arbeiten konstruktiv mit. Andere sind noch auf der Suche nach Antworten. Es ist die Aufgabe der LINKEN die Bewegung als glaubwürdige Partnerin zu unterstützen und zugleich Perspektiven jenseits des Kapitalismus zu formulieren. In diesem Sinne schlagen wir im Antrag vor, das ökologische Profil der Partei anhand von konkreten Basisaktivitäten zu erhöhen.

3. **Gewerkschaftspolitische Konferenz durchführen**

Einbringung Christian Leye; Fürrede: Jules El-Kathib

Änderungsantrag Udo Hase → wird übernommen (Text wird eingereicht)

Große Mehrheit angenommen, wenige Enthaltungen

Link: <https://www.dielinke->

[haftspolitische_Konferenz.pdf](https://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/ivnrw/Landesrat/Landesrat_08.09.2019/Antrag_gewerksc
<a href=)

Antragstext:

Antrag an den Landesrat

Antragsstellerinnen und Antragssteller: Christian Leye, Jules El-Khatib, Hans Decruppe, Igor Gvozden, Christiane Tenbenschel, Fotis Matentzoglou

Die Linke. NRW führt im Frühjahr 2020 eine große gewerkschaftspolitische Konferenz mit dem Titel „Der Kampf gegen Deindustrialisierung und prekäre Beschäftigung – Für gute Arbeit und eine zukunftsfähige Industriepolitik in NRW“ durch. Ziel ist der Dialog mit Gewerkschaften und der Austausch mit aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern über die Themen Deindustrialisierung, Strukturwandel, Arbeitskämpfe, Leiharbeit und Befristung. Wir möchten herausarbeiten, wie Die Linke. NRW kämpfende Betroffene, Belegschaften und ihre Gewerkschaften solidarisch unterstützen kann. Um die Konferenz zu einem Erfolg für den Landesverband zu machen, möchten wir ab Herbst mit unseren Genossinnen und Genossen in den Kreisverbänden regelmäßig vor Betrieben, Leiharbeitsunternehmen und Jobcentern die Konferenz bewerben und Betroffene direkt mobilisieren.

4. **Demos sind keine Sonntagsspaziergänge**

Einbringung: Max Siekmann

Mit Mehrheit angenommen, wenige Gegenstimmen, wenige Enthaltungen

Link: https://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/ivnrw/Landesrat/Landesrat_08.09.2019/Antrag_lustloser_Block.pdf

Antragstext:

Antragssteller: Dominik Goertz (Vorstand KV Bielefeld), Max Siekmann (Vorstand KV Münster), Alexander Steltenkamp (Vorstand KV Siegen-Wittgenstein)

Demos sind kein Sonntagsspaziergang: Der Landesvorstand sorgt nach Möglichkeit dafür, dass bei Demonstrationen im Block der LINKEN eine kämpferische und laute Stimmung herrscht. Dazu sollen, wenn möglich, Spruch- und Liederzettel verteilt sowie Anheizer*in mit Megafon organisiert werden.

5. **Klimaschutz – Verursacher Prinzip** (keine CO2-Steuer)

Übernommener Änderungsantrag (KV Köln): „Der Landesvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit den Antragstellenden zu den aktuellen Debatten in Parteivorstand und Bundestagsfraktion zum sozial-ökologischen Umbau die folgende Position einzubringen.“ (Vor den Antragstext)

Einbringung: Hanno von Raußendorf; Gegenrede: Andreas Nositschla; Für-Rede: Jules El-Kathib

mehrheitlich angenommen, einige Gegenstimmen, einige Enthaltungen

Link: https://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/ivnrw/Landesrat/Landesrat_08.09.2019/Antrag_Beschluss_gegen_CO2_Steuer.pdf

Antragstext:

Antrag an den Landesrat der Partei DIE LINKE. NRW am 8. September:

Klimaschutz: Verursacherprinzip durchsetzen statt unsozialer CO2-Steuer

DIE LINKE. NRW spricht sich gegen eine CO2 Steuer aus. Wir fordern aktives staatliches Handeln zur Abwendung der drohenden Klimakatastrophe, welches sich am 1,5 Grad Ziel des Übereinkommens von Paris orientiert. Durch entschlossene ordnungsrechtliche Maßnahmen

und energische Investitionsprogramme muss in den kommenden Jahren die Grundlage für die Rettung des Weltklimas gelegt werden.

6. Eilantrag: Gegen Kriegsvorbereitung – Auf nach Kalkar!

Einbringung Kathrin Vogler; Fürrede: Jules El-Kathib

Mit großer Mehrheit angenommen, wenige Enthaltungen

Link: https://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/ivnrw/Landesrat/Landesrat_08.09.2019/Eilantrag_an_den_Landesrat_der_LINKEN_Kalkar_2019.pdf

Antragstext:

Eilantrag an den Landesrat der LINKEN Einbringer*innen Jules El-Khatib, Kathrin Vogler, Alexander S. Neu

Gegen Kriegsvorbereitung -auf nach Kalkar!

DIE LINKE. NRW beobachtet mit großer Sorge, dass unser Bundesland immer mehr zur Drehscheibe für Militarisierung und Kriegsvorbereitung gemacht wird. 30 Jahre nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation stehen Aufrüstung und Drohung wieder hoch im Kurs - insbesondere bei den NATO-Mitgliedsstaaten. Die Luftkriegszentrale in Kalkar am Niederrhein ist ein zentraler Ort in NRW, von dem aus Militäraktionen und Kriegsszenarien geplant und gesteuert werden. Achtzig Jahre nach der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch die Aggression Nazideutschlands gegen Polen strebt Deutschland wieder nach einer militärischen Großmachtrolle. DIE LINKE. NRW tritt allen Aufrüstungs-, Kriegsführungs- und Großmachtplänen entschieden entgegen. Deswegen rufen wir alle Mitglieder und Kreisverbände auf, sich an den Protesten gegen die NATO-Luftkriegszentrale in Kalkar am 3. Oktober zu beteiligen und dafür zu mobilisieren. Der Landesvorstand wird aufgefordert, nach seinen Möglichkeiten für eine breite Beteiligung an dieser Aktion zu werben. Nie wieder Krieg -nie wieder Faschismus! Abrüsten statt aufrüsten!

TOP 12

17:40

Bericht aus der Landesgruppe der Bundestagsfraktion

Kathrin Vogler und Andrej Hunko: **aus Zeitgründen zurückgezogen**

Anfragen zu den schriftlichen Berichten

* Bericht aus dem EP

* Bericht der Landesgruppe NRW im Bundestag

* Bericht aus dem Parteivorstand DIE LINKE

* Bericht aus dem Bundesausschuss

* Bericht aus dem Landesvorstand DIE LINKE. NRW

* Berichte aus dem RVR, LWL und LVR

(Einreichungsfrist für schriftliche Berichte: 18.08.2019)

-Keine Anfragen-

TOP 13

17:40

Verschiedenes

Werbung für Gegendemo zu Nazi-Aufmarsch in Mönchengladbach und Solidarität mit betroffenen Genoss*innen

Der Landesrat wird um 17:45 geschlossen / beendet.